

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug · Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 30. April 1932

Nummer 35

## Für Menschenwürde und Freiheit!

Den Arbeitslosen gewidmet

Und ob ihr auch, von Not geplagt,  
Von Elend seid umwittert,  
Und wenn auch mancher schon verzagt,  
Entmutigt und verbittert —  
Empor am ersten Tag des Mai!  
Kuft eure Not mit heißem Schrei  
Sinaus in alle Winde,  
Dass sie ein Echo finde!

Ein Echo finde dieser Schrei,  
Jerquält und Schmerzerzissen!  
Der Schrei empörte Wühlung sei,  
Appell ans Weltgewissen! .....  
Hier hilft kein öder Phrasenbrei!  
Hört, Kapitalisten, diesen Schrei!  
Hier hilft kein falsches Tarnen —  
Die Arbeitslosen warnen!

Da draussen blaut der Maientag  
In aller Jugendschöne!  
Und fröhlich klingt der Lerchenschlag!  
Jedoch der Arbeit Söhne  
Stößt man brutal vom reichen Tisch  
Des Lebens — weder Fleisch noch Fisch  
Ist nach des Mammons Satzung  
Der Arbeitslosen Nzung!

Das ist barbarisch, falsches Spiel,  
Betrug und Volksverblendung!  
Das ist unmöglich Sinn und Ziel  
Der Menschheit hohe Sendung!  
Luch, die ihr an des Reichthums Born  
Behäbig schweigt, soll unser Zorn  
Mit Donnerwort verkünden:  
Dies Unrecht muss verschwinden!

Verwinden muss des Elends Schmerz,  
Der Armut harte Plage!  
Dies schwören wir mit Hand und Herz  
Am ersten Maientage!  
Ob noch in Fron, ob arbeitslos,  
Wird sich das Volk, geeint und groß  
— Nicht eher gibt es Frieden! —  
Ein bess' res Leben schmieden!

Mag Kommen, was da Kommen mag!  
Nicht eher gibt es Frieden,  
Als bis ein lächer Maientag  
Der ganzen Welt beschieden!  
Des Menschenelends ist's genug!  
Wir finden Krieg dem Volksbetrug,  
Dass endlich Freiheit werde  
Für alle auf der Erde!

Tacfs

## Zur tariflichen Lage

Die Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium über den Antrag des Deutschen Buchdrucker-Vereins auf Verbindlichkeitsklärung des von den Gewerkschaften abgelehnten Schiedsspruchs vom 16. April haben am 28. April noch zu keiner Entscheidung geführt. Solange eine solche nicht vorliegt, behält der bisherige Tarif in arbeitsrechtlicher Nachwirkung unveränderte Gültigkeit für jeden Einzelarbeitsvertrag. Das gleiche gilt für den Bohntarif, über dessen Bestand oder Erneuerung erst am 30. April Verhandlungen der Tarifparteien geführt werden. Von Gehilfenseite wird Verlängerung des jetzigen Bohntarifs bis 30. September d. J. beantragt, die prinzipialseitige Antragstellung zur Lohnfrage ist bis zum spätesten Abschluss dieser Nummer noch nicht bekannt geworden.

## Geschichte des 1. Mai

Als am 1. Mai 1890 die Arbeiter zum ersten Male wichtige Kundgebungen für die Herabsetzung der Arbeitszeit veranstalteten, lag in den Hauptstädten der Welt das Militär in Alarmbereitschaft. In den Straßen von Paris und in den Alleen Wiens führten Kanonen auf; in den Villenvierteln und Geschäftsstraßen ließen die reichen Bürger die Kolläden herab. Angst und Schrecken ergriff die Bürger, die es nicht begreifen konnten, dass die Arbeiterschaft sich über alle Schranken hinweg einen freien Tag erkämpfte. Der Arbeiterschaft lag es völlig fern, blutige Auseinandersetzungen mit dem Bürgertum herauszubeschwören. Der Sinn der Maifeier ist ein anderer. Der

Beschluss des Pariser Internationalen Kongresses vom 14. Juli 1889 forderte die Einführung des Achtstundentages, und dafür demonstrierten die Arbeiter.

Den Unternehmern passte natürlich dieser Beschluss nicht in den Kram. Sie fürchteten um ihren Profit und schlossen sich in festen Organisationen zusammen. In Deutschland entstanden mit einem Schlag 43 neue Unternehmerverbände. Die erste Tat dieser Verbände war die Aufforderung an die Industriellen, alle Arbeiter auszusperrern, die am Maitag nicht zur Arbeit erschienen. In Hamburg, in Berlin und Leipzig kam es zu schweren Arbeitskämpfen. Die Unternehmer tauschten schwarze Listen aus über die Maifeiernden. Im Jahre 1905 drohten sie mit der Aussperrung aller Arbeiter, deren Namen mit einem bestimmten Buchstaben begannen. Es war die berühmte WC-Aussperrung. Mit Arbeitslosigkeit sollten die Arbeiter gestraft werden. Im Jahre 1906 ließen die Unternehmer die ersten gelben Gewerkschaften organisieren, um ihre Betriebe bei der Aussperrung der Maifeiernden weiterführen zu können.

Aber die Arbeiter ließen sich dadurch nicht abschrecken. Der 1. Mai wurde doch gefeiert. Trohig sang der Vasser „Vorwärts“ am 1. Mai 1897:

Wir sind noch arm und sind nicht frei  
Und sind noch nicht errettet,  
Und feiern doch den ersten Mai,  
Als wären wir entsetzt.

Die „außerordentliche Erregung“ der Unternehmer und ihr Beschluss, „dass Nachgiebigkeit die Arbeiter nur in ihren maßlosen Forderungen bestärke“, konnte die Arbeiter nicht wankend machen. Es berührt heute lächerlich, mit welchen Mitteln die Unternehmer eine Bewegung aufzuhalten versuchten, die durch die kapitalistische Entwicklung bedingt war. Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände richtete 1906 an seine Mitglieder die Aufforderung, alle Arbeiter als Auskündige zu betrachten, die unentschuldig aus den Betriebsstätten am 1. Mai fernbleiben. Der Vorstand des 1890 gegründeten Verbandes deutscher Metallindustrieller

begann seine Tätigkeit mit der Prüfung der Maifeierfrage. Der Bund der Arbeitgeberverbände beschloß 1907, daß sämtliche am 1. Mai feiernden Arbeiter auszusperrern seien. Großspurig verkündeten die Unternehmerverbände: „Wenn die Vorzeichen nicht trügen, wird es gelingen, mit Hilfe der Maiausperrungen in einigen Jahren die Arbeitsruhe am 1. Mai so gut wie vollständig zu beseitigen.“ Die Berliner Plan- und Zellfabrikanten kamen auf den schlaun Gedanken, die Maifeiernden zwischen Weihnachten und Neujahr auszusperrern; damit wollten sie den Arbeitern das Fest verderben.

Die Gewerkschaften setzten sich von Anfang an mit Nachdruck dafür ein, daß die Maifeiern würdig veranstaltet werden. Der Arbeiter soll an diesem Tag nicht sein ganzes Elend zur Schau tragen, damit macht man beim Bürgertum keinen Eindruck. So entstand allmählich der „Festzug“, und welche Sorgfalt wird auf ihn heute verwendet! Darin spiegelt sich der Aufstieg der erfolgreichen Gewerkschaftsbewegung wider. Dem Bürgertum konnte dieser Fortschritt nicht verborgen bleiben, aber es verstand nicht, die Wandlung richtig zu deuten. Die Bürger regten sich darüber auf, daß die Arbeiter sich gut anzogen und stolz den Kopf hochtrugen. Eine bürgerliche Zeitung schrieb 1906: „Ein weißliches Mitglied des Arbeitersportvereins fiel allgemein durch ihre Seidenstrümpfe und modernsten Schuhe mit sechs Zentimeter hohen Absätzen auf, wie denn unter den weiblichen und männlichen Demonstranten ein erheblicher Progenzfuß mitmarschierte, der nach sozialistischer Beurteilung des äußeren Menschen das Niveau des Strohtrugproletariats überschritten hat und zu den Spezies der Spieler und vermögenden Bourgeois zu zählen wäre.“ So genau hat man aufgepaßt, daß man sogar die Höhe der Absätze wußte.

Auch die Gerichte beschäftigten sich sehr eifrig mit den Maifeiern. Viele Arbeiter wurden vor die Schranken des Gerichts zitiert, nur weil sie sich herausgenommen hatten, einmal einen Tag ihre Arbeitskraft den Unternehmern zu verweigern. Solche Gerichtsverhandlungen

gaben einen ausschließlichen Einblick in die Auffassung der Richter und zugleich auch in ihre Urkenntnis. In Breslau sah 1908 die Strafkammer über einen Arbeiter zu Gericht, der am 1. Mai auf dem Arbeitsplatz nicht erschienen war. Von der Verteilung als Sachverständiger geladen, hatte Professor Sombart über Wesen und Ziel der Maifeierbewegung auszufragen. Zwischen ihm und dem Vorsitzenden wickelte sich folgendes Gespräch ab. Sombart: „Der erste Mai soll laut Beschluss des Internationalen Arbeiterkongresses von 1889 eine Demonstration zur Erinnerung des achtstündigen Arbeitstages in allen Kulturstaaten sein.“ Vorsitzender: „Aber die Arbeiter haben doch längst den Achtstundentag in den meisten Ländern!“ Sombart: „Aber nein.“ Vorsitzender: „Aber doch in vielen Ländern!“ Sombart: „Nein! Im Gegenteil! Der demnächst von bürgerlicher Seite nach Genf einberufene Internationale Kongress muß erst noch den achtstündigen Arbeitstag als Maximalarbeitstag fordern.“ Soviel wußte damals ein preußischer Richter von Sozialfragen.

Das Unternehmertum mußte allmählich einsehen, daß die Maifeierbewegung durch Gerichte und Polizei nicht mehr anzuhalten war. Vereinzelt wurden Stimmen laut, die sich für die Berechtigung der Maifeierbewegung einsetzten. Bereits 1897 schrieb die „Frankfurter Zeitung“: „Es hat den Unternehmern wenig zu kümmern, ob der Arbeiter diesen freien Tag zu einer nach seiner Ansicht vernünftigen oder unvernünftigen Demonstration benützt, denn ebenso, wie er seine politische Meinung wahr, muß er, sofern er recht und billig handelt, auch die politische Ansicht der Arbeiter respektieren.“ Und das „Berliner Tageblatt“ schrieb 1920: „Wäre es, da dieser Festtag nun einmal in den Massen wurzelt, nicht klüger, mitzuempfinden, statt ärgerlich beiseite zu schieben und an einer Prinzipienstarrheit festzuhalten, die nichts nützt?“

Der 1. Mai wurde zum Tag der Herrschaft des Proletariats. In Preußen demonstrierte vor dem Krieg die Arbeitererschaft für gleiches Wahlrecht. Auch in Österreich, Italien und Belgien wurde die Forderung auf politische Gleichberechtigung erhoben. Unter dem Belagerungszustand des Krieges wurden die Maiereien meistens verboten. In New York zogen am 1. Mai 1915 über 5000 sozialistische Kinder durch die Straßen und demonstrierten für den Frieden.

Zum Schluß eine Strophe aus dem ältesten deutschen Maieregedicht, das von Karl Frohne zur Maifeier des Jahres 1800 geschrieben wurde.

So sollt du, Hart in Welkes Waffen,  
Trot allem Drang und allem Zeld,  
Am Werte der Erlösung haften,  
Dem die Befreiung bist gewohnt.  
Und was du bindend unternommen,  
Ist nicht, daß es vergeblich sei —  
Noch schürst'rer Bestia wird dir kommen,  
Als dieser heut'ge erste Mai.

### Wirtschaftsfreiheit oder Staatskapitalismus?

Am sich ist die Frage über den Staatskapitalismus schon sehr alt, sie ist aber heute wegen der allgemeinen Unsicherheit besonders brennend, denn die Fragen der Wirtschaft sind Devisenfragen geworden. Unter Staat verstehen wir in diesem Zusammenhang alle öffentlich-rechtlichen Gesellschaften, also die öffentliche Hand, dagegen ist mit der Bezeichnung Wirtschaft die kapitalistische, privatwirtschaftliche Form gemeint. Zwischen Staat und Wirtschaft hat es schon immer eine Auseinandersetzung gegeben, und bis heute ist eigentlich noch keine Normalisierung erreicht. Das Problem Staat und Wirtschaft kann nicht abstrakt gelöst werden, nur konkret von Zeit zu Zeit, von Land zu Land. Der Staat ist nichts Dauerndes, auch die Wirtschaft verändert sich, und wenn das Tempo der Entwicklung, ein verschiedenes ist, dann wird das Problem besonders akut. Wie wird sich in Deutschland das Verhältnis von Staat zu Wirtschaft auf die Dauer gestalten? Der Tatbestand ist heute folgender: Der Staat befindet sich in äußerster Bedrängnis, er eignet sich ein Monopol über die Wirtschaft an, aber nicht als Zeichen eines Machtgefühls, sondern als Zeichen einer Dummheit — der Staat wird zum Volkstaat. Er verstaatlicht die Wirtschaft nicht, sondern er will sie zur wirtschaftlichen Nation zurückbringen, sie aus dem Starckampf lösen. So entsteht die staatliche Befehlswirtschaft, nicht aber eine durchgebildete Staatswirtschaft. Und nun erhebt sich die zrittige Frage: Ist es nicht besser, wenn der Staat die Führung und Leitung übernimmt? Was ist besser, Privat- oder Staatsbetrieb? Gegen die Verstaatlichung wäre nichts einzuwenden, wenn die wirtschaftliche Ergiebigkeit vorhanden ist. Wenn aber Zweifel darüber aufkommen, dann ist der Staat für die wirtschaftlichen Aufgaben schlecht vorbereitet. Wichtig ist also die Frage der Betriebsführung.

Die Grenzen zwischen der Privatwirtschaft und dem Staat verschwinden immer mehr. Nicht zu entscheiden ist, ob etwa eine große Aktiengesellschaft oder ein Staatsunternehmen technisch besser geleitet ist, das ist abhängig von der Kontrolle. Anders aber ist es mit der kaufmännischen Zukünftigkeit. Bei dem öffentlichen Beamten fehlt vielleicht noch etwas an der Voraussetzungen, dem Feingefühl und der schöpferischen Spekulation. Und vergleicht man den Staatsbetrieb mit dem kontrollierten Privatbetrieb, so wird sich zeigen, daß in vielen Fällen bei ersterem Kontrolle besser ist als Regie. Um nun auch diese letzten Mängel in der Wirtschaftlichkeit der staatlichen Betriebsführung zu beseitigen, bedarf es vor allem hervorragender, kaufmännisch geschulter, hochqualifizierter Kräfte in weitestgehendem,

schöpferischem Spekulationsbild, großem Verantwortungsbewußtsein, ausgeprägtem Gemeinheitsinn und starkem Solidaritätsgefühl. Solche auserlesenen, äußerst befähigten Staatswirtschaftsführer dürfen sich auch stets nur von dem hohen, sozialen Pflichtbewußtsein leiten lassen: Durch den Staat zum Wohl der Gesamtheit! Hat sich der Staat diese Kräfte herangebildet bzw. geküpfert, dann ist die wirtschaftliche Ergiebigkeit staatlicher Unternehmungen weniger in Frage gestellt. Eine rentable Betriebsführung dieser Unternehmungen ergibt sich dann folgendermaßen von selbst.

Die Rückkehr zur wirtschaftlichen Freiheit wird nicht allgemein mehr verlangt, zum mindesten werden die wirtschaftlichen Organisationen, darunter auch die Gewerkschaften, befähigt. Und dieses sogar von den extremen Unternehmernparteien. Allein der Kardinalpunkt ist die Frage nach dem politischen Lohn, nach dem Schlichtungsrecht des Staates und die Frage nach der Kapitalbildung. Und hier gehen die Befreiungen der Unternehmer gegen eine Betätigung des Staates in der Wirtschaft, ebenso wie sie eine reiflose Einführung einer Planwirtschaft grundsätzlich ablehnen. Sie erklären in selbstloblicher Redensart, daß in der kapitalistischen freien Wirtschaft Wirklichkeit und Erfahrung sprechen, während bei einer sozialistischen Staatswirtschaft nur Plan und Theorie vorliegen. Während also in einer Privatwirtschaft die Erfahrung bestimmte Garantien bietet, steht in der Planwirtschaft nur die Gemeinschaft, der kollektivistische Wille von Gefinnungsfreudigen, demgegenüber. Mit solchen und ähnlichen Phrasen sucht man die gewaltigen Befreiungen des Sozialismus zu zerlegen oder an ihrem Aufkommen zu hindern.

Die freie kapitalistische Wirtschaftsform ist in der heutigen Zeit nicht mehr existenzberechtigt, sie widerspricht in unzähligen Punkten dem Willen der Gesamtheit und muß vom Staatskapitalismus abgelöst und beseitigt werden. Bei der Realisierung dieser sozialistischen staatlichen Wirtschaftsform sind drei Momente besonders zu beachten: 1. Im Gegensatz zum Privatkapitalismus ist eine unnötige Aufhäufung großer Kapitalien zu vermeiden, nur durch dauernden Kapitalfluß den großen krisenhaften Wirtschaftsstörungen vorzubeugen. 2. Allen am Produktionsprozeß Beteiligten ist ein proportionaler Anteil am Gewinn in Form von Prämien zu gewähren. 3. Das verbleibende Gewinnkapital ist stets und unverzüglich wieder in staatlichen Unternehmungen zu investieren.

Der Staatskapitalismus an sich ist natürlich nur als Übergang zum Staatssozialismus zu betrachten und zu bewerten. Und auch nur als solcher hat er Anspruch auf gleichmäßige Durchführung und Verwirklichung.

Mannheim

G. Sch.

### Internationales Buchdruckersekretariat

Sitzung der Sekretariatskommission vom 22. April 1932

Das Sekretariat machte nachfolgende Mitteilungen: Die Prinzipalsorganisation Ungarns hat dem dortigen Bruderverband Forderungen zur Tarifberatung unterbreitet, die mit Entrüstung abgewiesen wurden, die aber auch dem schärfsten Protest der internationalen Bucharbeiterchaft begegnet. Im Wemel ist am 31. März der Manteltarif abgelaufen, ohne daß ein neuer abgeschlossen worden wäre; am 9. April kam es daher zu einem Streik infolge von Tarifstreitigkeiten; Zugut ist unbedingt fernzuhalten. In Budapest brach am 6. April infolge Verbots der „Nepzava“, dem sozialdemokratischen Organ Ungarns, ein einstäger Proteststreik der Zeitungsetzer bei den bürgerlichen Tageszeitungen aus, der am 7. April einen allgemeinen Generalkrieg der Budapest Arbeiterchaft zur Folge hatte; die Arbeiterzeitung ist in der Folge wieder freigegeben worden. Die auswärtigen Mitglieder der Erweiterten Sekretariatskommission erklärten sich mit den Beschlüssen der Berner Sekretariatskommission vom 10. März einverstanden und gaben auch der Rechnung über 1931, dem Vorschlag und dem vorgegebenen Beitrag für 1932 ihre Zustimmung. Der jüdische Bucharbeiterverband von Tel-Aviv machte die erste öffentliche Mitteilung von der starken Besserung auf dem Arbeitsmarkt, von der Erfassung der Buchbinderei- und Kartonagenarbeiterchaft und von der Erhöhung der Löhne der Maschinensetzer.

Die Kommission setzte den ordentlichen Jahresbeitrag an das Sekretariat für 1932 auf 25 Schweizer Mappen pro vollzählendes Mitglied der Verbände fest. Die Rechnung über 1931 sowie der Vorschlag für 1932 erscheinen ohne jegliche Einwendung als genehmigt.

Vorbehaltlich der Zustimmung der auswärtigen Mitglieder werden als Datum der nächsten Sitzung der Erweiterten Sekretariatskommission die Tage vom 26. bis 28. August 1932 ins Auge gefaßt, als Ort Luzern (Schweiz). Die Kommission wird sich mit einigen äußerst wichtigen Fragen zu beschäftigen haben.

Die Kommission nahm Kenntnis davon, daß der belgische Verband infolge großer Arbeitslosigkeit keine Grenzen gesperrt und das Blatikum aufgehoben hat. In diesem Zusammenhang wurde in Aussicht genommen, die Frage der Grenzsperrungen gemeinsam mit denjenigen über das Blatikum zu behandeln.

Die Verbände Belgiens, der Schweiz und Spaniens luden das Internationale Sekretariat zu ihren Kongressen ein, die aber leider zeitlich fast genau zusammenfallen. Es wurde beschloffen, alle drei Tagungen zu beschiden, allerdings unter Inanspruchnahme von Mitgliedern der Sekretariatskommission. Befußt Erledigung zweier weiterer Delegationen wurde dem Sekretariat Vollmacht erteilt.

### Korrespondenzen

M. Freiburg i. Br. Die für den 10. April vom Gauvorstand nach Offenburg einberufene Bezirksvorsteherkonferenz hatte eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Außer der Berichterstattung über die Manteltarifverhandlungen waren die Vorbereitungen für den 29. Gantag zu treffen und die vom Gauvorstand hierzu gestellten Anträge einer Beratung zu unterziehen. Stellvertreter Gausvorsteher Hagenfranz machte nach Begrüßung der Erschienenen einige Mitteilungen über organisatorische Fragen. Eine längere Aussprache erfolgte über die Auslegung des § 3 Abs. 2 des Gaustatuts. Man kam aber zu keiner endgültigen und befriedigenden Lösung. Kollege Otto Müller, der die Gantage präsidial verwalte, berichtete über die Kampferhältnisse und wies auf die Neuregelung der Kürzung durch den Verbandsvorstand. Die Kürzung der Mündergütung tritt rückwirkend vom 1. Januar 1932 in Kraft. Im Bezug des Gauzustuffes bet Ertragsfällen soll ebenfalls eine Neuregelung eintreten insofern, als der Zuschuß nur noch für sechs Tage gewährt wird, und zwar vom dritten Quartal 1932 an. Die Wahl des Ortes zur Abhaltung des Gantages stieß zunächst auf Schwierigkeiten wegen der Kostenfrage. Die Aussprache ergab dann die Verschiebung des auf den 7. und 8. Mai festgelegten Gantages auf die Pfingsttage 1932. Entgegen den gutgemeinten Vorschlägen, die einen zentralen gelegenen Ort wünschenswert, wurde Konstanz als Tagungsort gewählt. Der Vorsitzende verlas dann einen Antrag, der von den Vertretern des Bezirks Karlsruhe eingereicht wurde und lautet: „In Anbetracht der immer noch bestehenden Ausperrung einer Anzahl Kollegen der Buchdrucker in Freiburg sieht sich die Bezirksvorsteherkonferenz des Gauoberrhein aus solidarischen Gründen verpflichtet, zu weiterer Unterstützung der Ausgesperrten einen Betrag von 500 M. aus der Gantage zur Verfügung zu stellen.“ Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Kollege Maier (Karlsruhe) berichtete dann über die Manteltarifverhandlungen. Er verstand es, in klaren Worten den Gang der Verhandlungen vor Augen zu führen. Daß bei den Unternehmern kein Verständnis für die Lage der Geßilten vorhanden ist, das beweise die Forderung nach einem vollständig neuen Tarif mit bedeutenden, unannehmbaren Vorkürzungen. Er habe aber die Hoffnung, daß das alte Tarifgebäude bestehen bleibe. Was der Schiedspruch bringen wird, müsse abgewartet werden. Nach Dankesworten des Vorsitzenden an den Kollegen Maier kam man im Laufe der Aussprache auch auf die Maßbewegung zu sprechen, wobei bedauert wurde, daß man noch keine Beschlässe gefaßt habe, um gegen die Ausweisung von dieser Seite energisch vorgehen zu können. Beim letzten Punkt angelangt, wurden noch kurz die oben erwähnten Anträge zum Gantag besprochen und gutgeheißen. Die übrigen, aus den Bezirken gestellten Anträge konnten nicht beraten werden, weil der Gantag die zukünftige Sitzung für ihre Erledigung ist. Am Schluß angelangt, sprach Kollege Hagenfranz den Konferenzteilnehmern Dank aus für ihre Mitwirkung.

Karlsruhe. In unser Veramlung vom 5. April übertrug Herr Ehring, eines durch Freitod von uns gelangenen Kollegen, Vorsitz der Bezirksvorsteherkonferenz an die Wahl der Reichsarbeitsgerichts, wonach bei Fachschulbesuch den Lehrlingen das Kostgeld gekürzt werden kann. In einem Überblick über die Finanzlage der Verbandstafel konnte mitgeteilt werden, daß voriges Jahr noch bedeutende Zuschüsse gemacht werden mußten, die mit aller Evidenz die Notwendigkeit des Abbaues der Leistungen beweisen, doch besteht die Hoffnung, daß sich im neuen Jahr die Ausgaben mit den Einnahmen decken. Verschiedene Anträge zum Gantag aus dem Bezirk behandeln die Beibehaltung der Gauzustuffentafel. Die tarifliche Lage im Bezirk ist infolge der Wirtschaftslage schlecht. In Wühl arbeitet eine einzige Druckerei noch voll. Der Bezirksvorstand beschloß, seine Diäten um 15 Proz. zu kürzen. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Prinzipale trotz der wirtschaftlichen Notlage die Lehrlingsstala voll ausnützen, um die Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit sofort zu entlassen. In einem Fall wurde den Lehrlingen schon einige Wochen vor Auslernen mitgeteilt, daß sie beim Auslernen entlassen werden. Entsprechend dem Beschluß des letzten Gantages wurde beschloffen, daß der diesjährige Gantag in Konstanz stattfinden soll, ebenso wurde auch die Beibehaltung der Gauzustuffentafel und die Einführung der Pfingsttageweise zum Beschluß erhoben. Danach erfolgte die Wahl von zwölf Delegierten und drei Stellvertretern zum Gantag. Kollege Maier erklärte hierauf einen ausführlichen Bericht von den Manteltarifverhandlungen. Er verpflichtete vor allem die Anträge der Prinzipale, die beweisen, daß nicht nur eine ganz katastrophale Verschlechterung in fast allen Positionen des Tarifs festzustellen war, sondern daß sie auch eine vollständige Anarchie zur Folge hatten. Die Beschlässe der Gauvorsteherberatung wurden ebenfalls gefaßt gemacht. Die Ausführungen des Kollegen Maier geben ein eindrucksvolles Bild über den gesamten Gang der Verhandlungen. Man konnte daraus ersehen, daß die Prinzipale alle Register zogen, um ihren Willen den Geßilten aufzuzwingen. An dem einmütigen Widerstand der Geßiltenvertreter sind diese Angriffe vorläufig gescheitert. Trotz aller Schwierigkeiten, die die allgemeine wirtschaftliche Lage mit sich brachte, gilt es mehr denn je, einig und geschlossen bereitzustehen in dem festen Willen, keinerlei Verschlechterungen hinzunehmen.

Gemüth. Am 20. April fand hier eine sehr gut besuchte Bezirksversammlung statt. Gauvorsteher E. Dertel sprach über „Die tarifliche Lage“. Er schätzte die diesmal kurzen Verhandlungen über die Gestaltung des Manteltarifs. Vor dem Zentralarbeitskongress sollten unsere Vertreter unter Zurückstellung der Anträge Antrag auf Verlängerung des Manteltarifs. Zwischen hatten die Unternehmer auch den Lohnstarif gekündigt. Solange nicht der Manteltarif geklärt ist, lehnten es unsere Vertreter ab, über den Lohnstarif zu beraten. Vor Entscheidung über Verlängerung des Tarifs verlangten die Unternehmer Beratung ihrer Anträge. Die Schlichterkammer trat auf Grund des alten Tarifs in Verhandlung ein, wobei Professor Brach als Reichsschlichter recht weitgehende Stellung zu den Anträgen der Unternehmer nahm. Inre Vertreter verlangten Entscheidung

über den Verlängerungsantrag, da sonst bei Abänderung des Tarifs erst auch unsere Anträge beraten werden müßten, ehe ein Spruch gefällt wird. Die unparteiischen Besitzler stimmten unserm Antrag zu und die Verhandlung wurde auf den 16. April vertagt. Die ungeheuerlichen Verschlechterungsanträge der Unternehmer sollte jeder Gehilfen studieren. Hier zeigt sich, wie die Herren glauben, in der Krisenzeit die Gehilfen tariflich entziehen zu können. Der am 16. April gefällte Schiedspruch ist den Anträgen der Unternehmer gerecht geworden. Verschlechterung in der Arbeitszeitfrage, Ferienbezahlung, Anlagefrist bei Kurzarbeit u. a. m. seien eine ungerechte Entscheidung. Mit der Begründung, daß im Notfall auf volle Ferienbezahlung, aber nicht auf Ferien verzichtet werden soll, könnten sich die in Arbeit stehenden Gehilfen, die ja ihre Ferien verdient haben, nicht einverstanden erklären. Wenn keine Verbindlichkeitszerlegung ausgeprochen wird, besteht die Möglichkeit der Verlängerung des Tarifs. Wenn die Unternehmer den Antrag auf Lohnföhrung nicht zurückziehen, werden nach dem 30. April erst Lohnverhandlungen stattfinden. Auch sei eine tariflose Zeit möglich, wenn keine Regelung erzielt wird. Kollege Dertelt mahnte, die Lage mit der heute nötigen Mächtigkeit und Verantwortung zu beurteilen. In der Aussprache wurde von einem Kollegen das Schlichtungsweesen abgelehnt. Ein anderer behauptete, die Gewerkschaften organisierten nicht den geringsten Widerstand. Sie hätten immer Ausreden. Auch in Krisenzeiten könnte man kämpfen, wie die Gehilfen zeigen. Man solle den Kampf organisieren. Vorsitzender Wangl in wandte sich gegen den Schiedspruch und verlangte einmütige Ablehnung. Kollege Dertelt legte im Schlußwort dar, daß Kampf nicht immer nur Streit bedeute. Bei verlorenem Streik gehe dem Verband der Kampfcharakter mehr verloren als bei durchdachten Maßnahmen. Die keine Verantwortung haben, könnten immer in hohen Tönen reden. Energisch wandte er sich gegen die Vertrauensuntergrabung zu unsern Führern. Hieraus profitiere nur der Gegner. Vertrauen zur Führung, die immer getan hat, was möglich war, müsse gewahrt werden. (Zustimmung.) Die Unterstühtungen des Verbandes wüßten die zu schätzen, die sie abgeben. Auch das sei Kampf, wenn dadurch Kollegen in der Not vom Tarifbruch abgehalten werden. (Beifall.) Die Versammlung stellte sich einstimmig hinter den Verbandsvorstand und lehnte entschieden den Schiedspruch ab. Den Arbeitslosen wurde 1 M. und den Auswärtigen das Fahrgehd vergütet.

Düsseldorf. Am 24. April nahmen die hiesigen Kollegen in einer sehr gut besuchten Versammlung zu den Verschlechterungen des Manteltarifs Stellung. Kollege Jirß erläuterte die einzelnen Tarifänderungen, wobei die Verschlechterung der Urlaubsvergütung besonders unterstrichen wurde. Der Sinn des Urlaubs wird durch diese Kürzung faktisch aufgehoben. Wenn man den Kollegen zumutet, den Urlaub mit finanziellem Schaden zu verlassen, so bedeutet dies nicht mehr Erholung, sondern weitere Einschränkung der bisher auubauend gekürzten und verschlechterten Lebenshaltung. Der rigorose Abbau des Kostgebdes der Lehrklinge ist um so unverständlicher, da die Ausbildung junger Menschen noch nie zu hoch bezahlt wurde. Die Gesamtverschlechterungen des Manteltarifs, die im Hauptferu einen neuen Lohnabbau bringen, sind für die Kollegen unannehmbar. Eine Funktionärsitzung am 21. April beschloß die Manteltarif und sandte an den Verbandsvorstand folgendes Telegramm: „Die Vertrauensmännerklinge Düsseldorf Buchdrucker hält den neuen Manteltarif für untragbar für die Gehilfen und verlangt die sofortige Organisierung des Streiks.“ Die Versammlung stellte sich einstimmig hinter diese Forderung der Funktionäre. Alle Diskussionenredner sprachen sich gegen den Manteltarif aus und verlangten den Kampf.

Freiburg i. Br. (Maschinenföher.) Der Bezirk Freiburg unter Gauvereinigung befahte sich in seiner Aprilversammlung ausgiebig mit der durch den

Schiedspruch zum Manteltarif gegebenen Lage. Die Stimmung der Versammlung zeigte sich am besten in der einstimmigen Annahme nachstehender Entschlicung, die an die Zentralkommission sowie an alle Gauvereinigungen weitergegeben wurde. „Die am 23. April zahlreich versammelten Mitglieder der Oberrheinischen Maschinenföhervereinigung, Bezirk Freiburg, weisen nach lebhafter Aussprache die ungeheuren Verschlechterungen, welche der Schiedspruch zum Manteltarif bringt, mit voller Entschlicung zurück. Ganz besonders hart empfinden sie den Abbau des Urlaubsgebdes um 30 Proz. sowie den Abbau der Zusatzföhe für unglücklich gelegene Arbeitszeit und Sonntagsarbeit, wovon besonders die Maschinenföher in der Mehrzahl betroffen werden. Diese drei sogenannten „Unparteiischen“ scheinen der Not des Volkes ganz weitfremd gegenübertreten, und die Einsicht der Notwendigkeit des Ferienurlaubs für den Arbeiter (wenn auch nicht

in dem Maße, wie die Unparteiischen ihn für sich selbst beanspruchen), der aber nur durch die notwendigen Mittel seinen Zweck erfüllt, scheint ihnen vollkommen abzugehen. Durch den am 16. April gefällten ungeröchten und einseitigen Schiedspruch werden die Gehilfen im Buchdruckgewerbe immer mehr der Verelendung preisgegeben. Wir protestieren mit aller Entschlicenheit dagegen, uns auf das Niveau der chinesischen Kulis herabdrücken zu lassen. Freudig begrüßen wir die einmütige Ablehnung des Schiedspruchs durch die beiden Gehilfenorganisationen und geben der Hoffnung Ausdruck, daß es ihnen gelingen möge, die Verbindlichkeitszerlegung zu verhindern oder wenigstens grundlegende Verbesserungen des Schiedspruchs zu erreichen. Unsere Kollegen fordern wir aber auf, nun erst recht die Reihen zu schließen, um unsern Verbandsfunktionären im Kampf gegen die alles zerstörenden Söldniz den Rücken zu stärken.“ Als lieben Gast konnten wir den Vertreter der Interotypfabrik, Kollege Strobel (München), begrüßen. Ein treffliches Referat des Kollegen Jirß über die automatische Ausrückvorrichtung löste eine sehr erprießliche Debatte auf technischem Gebiet aus, das von den Kollegen immer gern beaedert wird, obwohl unsere Gegenseite durch ihre rigorose Willföhr sich der Früchte dieser Bildungsarbeit unfer Kollegen nicht würdig zeigt. In einer vorangehenden Vorstandssitzung wurde nach reiflichen Erwägungen beschloßen, die diesjährige Generalversammlung der Gauvereinigung am 29. Mai in Offenburg stattfinden zu lassen. Wir hoffen, dort alle Kollegen vollzählig begrüßen zu können.

Hannover. Einem häufig geäußerten Wunsch der arbeitslosen Kollegen nachkommend, fand hier am 6. April eine Arbeitslosenversammlung statt. Da die Versorgung der arbeitslosen Kollegen durch die Wohlfahrtsämter immer mehr an Bedeutung gewinnt, war als Referent der Leiter des hiesigen Wohlfahrtsamts, Senator Schidenberg, gewonnen. Ausgehend von der Verpflichtung der Gemeinden, für die in der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge Ausgesetzten zu sorgen, erläuterte der Referent Zweck und Ziele der Wohlfahrtsunterstühtungen, da es im Interesse der zu Versorgungden liege, wenn jeder einzelne über deren Art und Weßen unterrichtet sei. Die Einrichtungen der Wohlfahrtsämter müßten fast ausschließlich von den Gemeinden finanziert werden, was bei der großen Zahl der Hilfsbedürftigen eine große Belastung der Gemeinden bedeute, die nur durch erhöhte Bürgersteuer und die guten Überschüsse der Gemeindebetriebe -- Gas- und Elektrizitätswerte -- aufzubringen möglich sei. Der Voranschlag des hiesigen Wohlfahrtsamts habe eine Summe von 31,5 Millionen eingelegt, um allen Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Summe höre sich sehr groß an, sei es aber nicht, denn sie gestatte nur einen Monatsatz von 40 M. an den Alleinstehenden zu zahlen. Für den Ehegatten erhöhe sich dieser Betrag um 20 M. und für jedes zu versorgende Kind um 10 M. Daß man mit diesen Summen sein Leben nur fristen könne, das aussprechen, erübrige sich wohl. Bei der Unterstühtung aus Wohlfahrtsmitteln sei eine Prüfung der Bedürftigkeit notwendig, um die Einrichtung zu erhalten; wer sich selbst unterhalten könne, bleibe von dieser Unterstühtungseinrichtung ausgeschlossen. Außer den Richtigkeiten würden aber in besonderen Fällen und auf Antrag auch noch zusätzliche Unterstühtungen gezahlt. Für den Sozialrentner oder für Rentner überhaupt sei eine gehobene Fürsorge geschaffen, deren Einrichtung man aber nicht begründen könne, denn es sei richtiger, die gehobene Fürsorge denen zuzuminnen zu lassen, denen man die Arbeitskraft erhalten müße. Allen Empfängenden den gleichen Richtig zu zahlen, sei auch sozialer. Vom Referenten wurde dann noch die Pflichtarbeit und die zusätzliche Arbeitsleistung erläutert. Die Pflichtarbeit habe die Aufgabe, den Arbeitslosen eine neue Anwartschaft in der Arbeitslosenversicherung zu verschaffen, was für diesen sehr wichtig sei, da er dadurch die Verbindung mit der Arbeitsvermittlung nicht verliere. Derartige Arbeiten würden nach den bestehenden Tarifen

## Sechzig Jahre Verbandsmitglied



Th. Kummerfeldt in Hamburg  
Eingetreten: 8. April 1872 — Jetzt Invalide

## Fünzig Jahre Verbandsmitglied



Paul C. A. Wulfov in Hamburg  
Eingetreten: 8. Januar 1882 — Jetzt Invalide



Heinrich Martens in Hamburg  
Eingetreten: 28. Februar 1882  
Jetzt Invalide



Max Fischer in Hamburg  
Eingetreten: 15. April 1882  
Jetzt Invalide



A. H. B. Grote in Hamburg  
Eingetreten: 16. April 1882  
„Hamburger Nachrichten“



J. J. Leopoldt in Hamburg  
Eingetreten: 16. April 1882  
Jetzt Invalide



August Schütt in Hamburg  
Eingetreten: 16. April 1882  
M. Töschner Nachfolger



Wilhelm Schubert in Hamburg  
Eingetreten: 30. April 1882  
Jetzt Invalide



Wilhelm Lippelt in Hamburg  
Eingetreten: 4. Juni 1882  
Jetzt Invalide



H. J. W. Halbe in Hamburg  
Eingetreten: 9. Juli 1882  
Jetzt Invalide



Georg Böhs in Berlin  
Eingetreten: 30. April 1882  
Jetzt Invalide



Gustav Schmalz in Berlin  
Eingetreten: 1. Mai 1882  
Jetzt Invalide



Rael Lohse in Leipzig  
Eingetreten: 1. Mai 1882  
Epaemische Buchdrucker



Ludw. Ebermann in Magdeburg  
Eingetreten: 1. Mai 1882 in Kind-nigelslust — Jetzt Invalide

bezahlt und würden in der Hauptsache auch nur von Leuten ausgeführt, die sich dazu eignen. Die zukünftige Arbeitsleistung habe den Zweck, gegebenenfalls die Arbeitswilligkeit zu prüfen, oder es Arbeitslosen zu ermöglichen, eine notwendige Anschaffung (?) zu machen. Das behandelte Thema gab vielen Kollegen Gelegenheit, ihre Wünsche und Beschwerden dem Leiter des Wohlfahrtsamts vorzutragen. Alles Vorgebrachte wurde von dem Referenten und von dem gleichfalls mitwirkenden Sekretären Dr. W i s e r eingehend beantwortet. Kollege L ü d e sprach den beiden Herren den Dank der Verammelten aus. Der Referent bemerkte in seinem Schlusswort, daß bei einem verständnisvollen Zusammenarbeiten des Amtes einerseits und der Unterstükten andererseits sich vieles vermeiden lasse, was in dieser schweren Zeit nur unnötig die Gemüter erbitte.

**Karlsruhe. (Maschinenseher.)** Ihre außerordentlich gut besuchte Bezirksversammlung am 17. April hatte eine umfangreiche und wichtige Tagesordnung zu erledigen. Nach Bekanntgabe verschiedener Mitteilungen und Eingänge präzisierte der Vorsitzende den Standpunkt des Vorstandes zur Verhinderung des Verbandstages und des Maschinenlenkerkongresses und zur automatischen Verlängerung der Amtszeit der Zentralkommission um ein weiteres Jahr bis zum nächstjährigen Kongress. Die Versammlung teilte diesen Standpunkt. Als dann referierte Vorsitzender P r e t e l über die Anträge zu den Manteltarifverhandlungen, riefte nochmals die Anträge der Prinzipale unter besonderer Berücksichtigung der Positionen der Maschinenseher ins rechte Licht und bezeichnete diese Anträge als direkte Provozierung und Herausforderung der Gewissen. Das energische Eintreten unserer Vertreter zur Abwehr dieser unzulässigen Verschlechterungsanträge muß jedoch anerkannt werden. Nach all den Opfern, die die Gewerkschaft in der letzten Zeit gebracht hat, müßte ein Tarif, der weitere Verschlechterungen für die Gewissen bringen würde, abgelehnt werden. Dieser Standpunkt wurde auch von der Versammlung in einer ausgedehnten und scharfen Diskussion vertreten. Die Versammlung nahm alsdann folgende, einstimmig gefaßte Entschlußfassung an: „Die gut besuchte Bezirksversammlung des Karlsruher Maschinensehervereins vom 17. April nahm nochmals zu den ungeheuerlichen Verschlechterungsanträgen der Prinzipale zu den diesmaligen Manteltarifverhandlungen und zur Lohnkündigung Stellung. Es kam allgemein zum Ausdruck, daß diese Anträge eine ungeheure Provozierung der Gewerkschaft bedeuten und daher von der Gewerkschaft abgelehnt werden müssen. Auch den nunmehr gefällten Schiedsspruch, der uns weitere Verschlechterungen unrer Arbeits- und Lohnverhältnisse, ganz besonders in der Ferienbezahlung, bringt, lehnt die Versammlung entschieden ab und verlangt vom Verbandsvorstand und der Zentralkommission, daß sofort überall Protestversammlungen zur Abwehr dieser Verschlechterungen einberufen werden und wenn dies durch unser stärkstes gewerkschaftliches Kampfmittel geschehen muß. Den amtlichen Schlichtern muß endlich largen gemacht werden, daß man der Arbeiterkraft nicht alles zumuten kann.“ Die Versammlung stimmte weiter dem Vorschlag des Vorstandes zu, die diesjährige Frühjahrsbezirksversammlung, die gleichzeitig als Familienausflug gedacht ist, am 5. Juni in Bad Sulzbach, im Ferienheim des Gesamtverbandes abzuhalten und genehmigte die dafür vorgeschlagene Entschlußfassung.

**Karlsruhe. (Drucker. - Vierteljahrsbericht.)** Unser Generalversammlung am 17. Januar ging am Abend des vorhergehenden Tages eine Besprechung des Kreisvorstandes mit den Bezirksvorsitzenden voraus. Die Versammlung, die vom ersten Vorsitzenden Kunze geleitet wurde, hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Fast alle Orte des Bezirkes waren vertreten. Als Gäste waren anwesend die Kollegen W iß l (Freiburg) und Haender (Zähr). Als Referent zu einem Vortrag über das Thema „Illustrationsdruck auf rauhem Papier“ konnte der Vorsitzende des Kreises M ü n d e n, Kollege M ö d r e, gewonnen werden. Aus den Jahresberichten des Kreises und des Bezirkes, die von den Vorsitzenden F e i c h t i g e r und K u n z e gegeben wurden, ist besonders hervorzuheben, daß das abgelaufene Jahr den so notwendigen Aufschwung unserer trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht brachte, sondern die wirtschaftliche Lage unrer Kollegen wurde noch ganz bedeutend verschärft. Ungefähr ein Drittel unserer Mitglieder wurden das Opfer kapitalistischer Wirtschaftskrisen und sind aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen. Auch der vom Kollegen F a h r e ab gegebene Kassenbericht zeigte, daß auch hier durch die große Arbeitslosigkeit bedeutende Mindereinnahmen entstanden sind. Aber trotzdem konnte mit einem ansehnlichen Kassenbestand in das neue Vereinsjahr eingetreten werden. Die Vorstandswahl brachte keine Änderung. Sämtliche bisherigen Vorstandsmglieder wurden wiedergewählt. Der Kreisvorstand wurde durch den Kollegen W iß l (Freiburg) erweitert. Der Vortrag des Kollegen M ö d r e über das schon oben erwähnte Thema fand gute Aufnahme; es wird ihm dafür sowie der Firma Kantes & Schwarzler auch an dieser Stelle der beste Dank ausgesprochen. — In der Bezirksversammlung am 21. Februar hatten wir Gelegenheit, einen Vortrag des Fachlehrers, Kollegen Z u b e r (Stuttgart), über „Der Qualitätsdruck mit seinen Juristischemethoden“ zu hören. Der Vortrag, der schon in Heidelberg beim Süddeutschen Druckerstag eine gute Aufnahme fand, wurde auch bei uns dankbar aufgenommen und fand eine beifallsfreudige Jubelstürme. Auch dem Kollegen Zuber sei an dieser Stelle bestens gedankt.

**Kassel. (Vierteljahrsbericht.)** Das neue Jahr, mit weiterem Wachsen der Arbeitslosigkeit begonnend, stellte wiederum große Anforderungen an Bezirksleitung und Mitgliedschaft. Die Versammlungstätigkeit erstreckte sich auf drei Versammlungen. Dem mit dem Steigen der Arbeitslosigkeit parallel laufenden Wordringen des Fachs wurde in zwei Versammlungen in Kassel und drei Versammlungen in den Bezirksorten durch aufklärende Vorträge entgegengehandelt. Auch dem Genossenschaftsgedanken, als Vorläufer der sozialistischen Idee, wurde durch einen allgemein gehaltenen Vortrag Rechnung getragen. Der Versammlungsbefehl war bei Vortragsthemen gegen den Faschismus ein guter zu nennen; auch war diesen Versammlungen zu entnehmen, daß die Mitgliedschaft der Bekämpfung des Faschismus das allergrößte Interesse entgegenbringt und es nicht an Hinweisen be-

züglich eines intensiveren Kampfes durch die Geschlossenheit der Arbeiterkraft fehlen läßt. Für die Hammerarbeiten bestanden sich 150 Kollegen zur Verfügung. Die Bildungsverbände und Spartenarbeit wurde durch mehrere Versammlungen und Veranstaltungen, wie bisher, so auch in diesem Vierteljahr, dokumentiert. Ebenfalls wurde an dem Auf- und Ausbau der Lehrlingsabteilung zielbewußt weitergearbeitet. Das Interesse an den Arbeiten und Veranstaltungen der Sparten und des Bildungsverbandes könnte eine Steigerung bestimmt vertragen. Auch umfaßt das Betreten der Erwerbslosen einen großen Teil unrer Arbeit. Von den rund 200 Erwerbslosen kann eine muster-gültige Disziplin in allen Organisationsfragen festgestellt werden. Wenn man sich auch von der Notwendigkeit des Unterfrügsabbaues nur schwer überzeugen ließ, so haben die Erwerbslosen und Mitgliedervereinigungen doch immerhin ein reges Interesse der Erwerbslosen an Organisationsleben bewiesen. Die Befähigung des 10-Pf.-Eratrbeiters und somit die kollegiale Verbundenheit der Kasser Kollegenchaft ermöglicht es dem Bezirksverein, in Zukunft seinen Ausgesteuerten und Nichtbezugsberechtigten monatlich eine kleine Unterfrügsung zu gewähren. Durch die Einführung des „Korr.“-Abonnements soll allen Kollegen der „Korr.“ zugänglich gemacht werden.

**Leipzig. In unrer Jahreshauptversammlung am 7. April wurde zum ersten Tagesordnungspunkt, „Brüderung des Rechenhofsberichts“, durch Kollegen F e i c h t b a r t h auf den gedruckt vorliegenden Jahresbericht verwiesen. Dieser gibt in den Hauptzügen ein Spiegelbild von den Krisenwirkungen im Leipziger Buchdruckgewerbe. Die Organisation ist dabei oft vor schwierige Aufgaben gestellt worden, doch im gemeinsamen Zusammenwirken zwischen Kollegenchaft und Organisationsleitung wurden auch diese bezwungen. Die materielle Belastung stieg ins Ungemessene, wobei die Unterfrügsungen insofern der großen Arbeitslosigkeit den Hauptanteil ausmachten. Der Opfergeist der Kollegen verbietet die größte Anerkennung. Trotz der Hemmnissen, die diese Krisenzeit mit sich brachte, steigerte sich die Aktivität der Mitglieder im Versammlungslieben. Diese gesteigerte Anteilnahme beschränkt auf der Hoffnung, daß nach der Überwindung der gegenwärtigen Krise es wieder zülig vorwärts und aufwärts gehen wird. In der Aussprache bemängelten zwei Kollegen die Ausschüsse der sogenannten K.O.D.-Freunde, doch wurde ein Antrag, die Ausschüsse zürigändig zu machen, mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. Im übrigen wurde der Kassenabschluss in einigen Punkten kritisiert, aber auch hier konnten die beiden Kassierers des Gaus, die Kollegen M ö m e r und G e r s o n e, die notwendige Aufklärung schaffen. Nach Abschluß der Debatte wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Die Wahl der Revisoren, Bibliothekare und der Mitglieder des Kulturausschusses erfolgte reibungslos, und auch die Entschlußfassung für die verschiedenen Kommissionen wurden auf Vorschlag des Vorstandes einstimmig angenommen. Zu dem Punkt „Beschlußfassung über Änderungsanträge zu den Satzungen“ begründete Kollege F e y e r einige Anträge, die sich in der Hauptsache für die Schaffung eines Erwerbslosenaus-schusses entziehen. Diese Anträge verfielen aber sämtlich der Ablehnung. Zur Festsetzung der Beiträge wurde ebenfalls einstimmig beschlossen, die bisherigen Beiträge beizubehalten. Nach der Erledigung der eigentlichen Haupt-versammlungstagesordnung berietete Kollege F e i c h t b a r t h eingehend über den Verlauf der Tarifverhandlungen bis zur Anrufung des Zentralschlichtungsamtes durch die Unternehmer. Die Aussprache bewußte Kollege H a m p e l zur Einbringung einer Entschlußfassung zum Gewerkschafts-Krisenkongress. Die Versammlung lehnte jedoch den Antrag mit großer Mehrheit ab. Die Entschlußfassungen der linken K.P.D.-Opposition zum Krisenkongress und zu den Manteltarifverhandlungen fanden keine Unterfrügsung, so daß Kollege F e i c h t b a r t h die Verammelten auf-fordern konnte, im Sinne der heute geleisteten Arbeit auch in Zukunft weiterzuwirken.**

**Magdeburg. Ihre Versammlung am 1. April** erzeigte sich zahlreichen Besuchs. Es erfolgte zunächst die Ehrung eines verstorbenen Kollegen. Die Tagesordnung begann mit geschäftlichen und tariflichen Mitteilungen des Vorsitzenden und betraf die aufgelösten Tarifverhandlungen. Die Betriebsräte und die eingetretenden Kollegen wurden auf die neue Verordnung zur Arbeitslosenerfassung aufmerksam gemacht, die die Kollegen zwingt, sich alle drei Wochen zu überzeugen, ob ihre Beiträge zur Arbeitslosenerfrügsung auch wirklich abgeführt worden sind. Statt pflichtvergessene Unternehmer zu bestrafen, wird durch ihr Verschulden den Erwerbslosen die Unterfrügsung entzogen. Vom 1. April an erscheint hier eine nationalsozialistische täglich erscheinende Zeitung. Dadurch ging die Zahl der Erwerbslosen etwas zurück. Hier konnte ein Teil der Kollegen, die größtenteils lang-frügsig erwerbslos waren, unterkommen. Dann referierte Stadtschulrat L ö s c h e r über das Thema „Der Aufbau der Kunstgewerbeschule“. Eine Fachausfrügsung hatte den Referenten veranlaßt, einmal bei uns zu sprechen, da er annimmt, daß vielen Kollegen der Aufbau der Schule unbekannt sei. Er gab in seinen Ausführungen ein Bild von der Schule aus der Vorkriegszeit und aus der Zeit vom Jahre 1920 an. War die Vorkriegsschule eine Schule, in welcher vorwiegend Schüler mit höherer Schulfrügsung, die durch ihr Zeichnenalter aufwachen, ausgebildet worden, so ist die heutige Schule nur auf handwerkliche Berufe zugeschnitten und hat mehr fabriktähnlichen Betrieb. Hier wird an modernen Maschinen gearbeitet. Der Schüler kann sich für seinen zukünftigen Beruf weiterbilden. Besonders die Klassen für das graphische Gewerbe sind aus-gezeichnet eingerichtet. In der Diskussion wurde vom Vor-sitzenden und andern Kollegen auf die Fachschule hingewiesen und verlangt, daß die Unterrichtsfrügsungen für die Lehrfrügsung so gelegt werden, daß diese jungen Leute einen Vorteil davon haben. Es könne diesen nicht zugemutet werden, daß diese nach achtfrügsündiger Arbeitszeit nochmals mehrere Stunden arbeiten. Es wurde verlangt, daß die Unterrichtsfrügsungen in die Tagesstunden verlegt werden. Da aber die Unternehmer dagegen sind, soll demnach mit diesen darüber verhandelt werden. In seinem Schlusswort ging der Referent auf die einzelnen Diskussionsredner ein, die auf verschiedene Mängel der Schule hingewiesen hatten. Der vorgeschrittenen Zeit wegen konnten die übrigen Tagesordnungspunkte nicht mehr erledigt werden.

**Oberhausen-Sterkrade.** Immer weitere Kreise schließt die Arbeitslosigkeit, die auch unrer Stadt und den Ortsverein heimlich. Die hiesigen Druckerereien sind meist von der Schwerindustrie abhängig und leiden unter Auftrags-mangel. Um sich zu entlasten, werden „schweren Herzens“ Kündigungen vorgenommen. Alte und Junge werden ihrem Schicksal überlassen. Zwei Kollegen, selbständig geworden, konnten der Katastrophe des Zusammenbruchs der jungen Firma nur durch Arbeitslosensmeldung des einen entgehen. Ein anderer junger Kollege, aus der Not eine Tugend machend, wurde ebenfalls selbständig, führt nur ein Schein-beschein. Seinen Verpflichtungen nachzukommen, gelingt ihm nicht. So haben wir es unglücklicherweise bei einer Mit-gliederzahl von 24 auf einen Arbeitslosensstand von 15 Kol-legen gebracht, außerdem 2 Invaliden und 2 Kurzarbeiter. Dem einen der Invaliden zählt dessen frühere Firma anerkennenswerterweise einen Zuschuß von monatlich 20 M. Was aus all unsern Kollegen, jung, ausgebildet, auf-das Pfaster geht und alt, nach jahre- und jahre-lange-langer Arbeit demselben Schicksal verfallen, werden soll, wissen die Götter. Wenn man etwa glaubt, bei der Prinz-palitäts lokalen Verhältnisse zu finden in bezug auf Lehr-lings-einstellung, so läßt man sich. Sie glaubt vielmehr, durch Lehrfrügsung retten zu können, was noch zu retten ist. Der Fachmann weiß, daß Lehrfrügsungsarbeit keine Geheimsache ist. Schwindendes Vertrauen der Kunstfrügsung wirkt sich bei der Jahresbilanz aus. Der durch den Krieg ver-lorrene Auslandsmarkt ist nicht wieder zu erobern. Darum, Kollegen: Zieht nicht an den Rhein!

**Bezirk Ostkreisland. Ihre Frühjahrs-Bezirks-**versammlung fand am 3. April in Enden statt. 106 Kollegen hatten der Einladung Folge geleistet. Ein-leitend wurde der im letzten Jahr verstorbenen Kollegen in lässlicher Weise gedacht. Sodann gab der Vorsitzende den Jahresbericht, dem zu entnehmen war, daß auch in unrer nordwestlichen Ecke die Arbeitsmarktlage gerade nicht rosig zu nennen ist. Von 191 Kollegen sind zeitig 45 arbeitslos. Der Kassenbericht zeigte ein rapides Steigen der Aus-gaben. Dem Kassenführer wurde Entlastung erteilt. Leider erlaubten es die Kassenverhältnisse nicht, den ar-beitslosen Kollegen zum Osterfest, wie in den Vorjahren, eine besondere Geldspende zu überreichen. Um hier jedoch eine Wendung zu schaffen, wurde aus der Versammlung der Antrag eingebracht, den Bezirksbeitrag für Ost-bezirksfrügsung um 10 Pf. für Kurzbezugsfrügsung bis zu 40 Stunden um 5 Pf. zu erhöhen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen, und so ist es dem Bezirk gegeben, die Unterfrügsungen wieder, wenn auch nicht in der Höhe, wie bisher zu gewähren. Die Tätigkeit der Lehr-frügsungsabteilung des Bezirkes und des Fachausfrügses bei der Handwerkskammer wirkt sich sehr zum Segen unrer Nach-wuchses aus. Kollege W o i g t (Bremen) als Vertreter des Gauvorstandes machte es sich zur Aufgabe, die Kollegen mit dem Verlauf der Tarifverhandlungen vertraut zu machen. Die anschließende Diskussion nahm zeitweise recht scharfe Formen an. Vom Versammlungsleiter wurde die Ein-mütigkeit in den Ansichten festgestellt. Die dann vorgenom-mene Maßnahme ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Von einer Sommer-Bezirks-versammlung wurde infolge der schlechten Wirtschaftslage Abstand genommen. Es soll dem Vorstand jedoch überlassen bleiben, falls die Tarifverhandlungen es erforderlich machen, eine außerordentliche Versammlung einzuberufen. Mit einem Appell an die Kollegen, auch fürberhin dem Verband die Treue zu halten, fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Flauen i. B.** Am 23. April fand hier unsere diesjährige Bezirksversammlung statt, die sich eines zahl-reichen Besuchs aus allen Bezirksorten erfreute. Die Versammlung machte sich vor allen Dingen deshalb nötig, um den Kollegen ein Bild von den Verhandlungen über den Manteltarif zu geben. Dieser Aufgabe unterzog sich in vorzüglicher Weise unser Gauvorsitzer D e r t e l t (Chemnitz). Er schilderte das Bestreben der Prinzipals-vertreter, den bestehenden Tarif in allen Positionen zu verschlechtern, und die Bemühungen unrer Organisations-vertreter, dem entgegenzuwirken. Auf den gefällten Schiedsspruch eingehend, gab der Referent Beispiele, wie sich die neuen Tarifbestimmungen in der Praxis auswirken würden, wenn sie trotz unrer Widerstandes für verbindlich erklärt werden lie. Es war dazu komme, sei noch ungewiß. Für die Kollegenchaft sei es ein Prüßstein, ob in einer etwaigen tariflosen Zeit sich ihre Solidarität bewährt, trotz der großen Notlage. Dem Kollegen Dertelt wurde für seine treffsührenden Ausführungen reichlicher Beifall zu'eil. In der Diskussion ergab eine ganze Reihe von Kollegen das Wort. Es kam zum Ausdruck, daß der Schiedsspruch nicht Wirklichkeit werden dürfe. Zur erfolgreichen Abwehr dürfe auch vor einem Streik nicht zurückgefrügsret werden; der Solidarität der arbeitslosen Kollegen sei man gewiß. Ein K.P.D.-Kollege fand daran Vergnügen, uns die K.O.D. als „leuchtendes Vorbild revolutionären Kampfes“ hinzu-stellen. Ihm gab der Gauvorsitzer in seinem Schlusswort die gebührende Antwort; auch den übrigen Debattierendern trat er mit sachlichen Argumenten entgegen. Da ein großer Teil der Kollegen wegen der vorgerückten Zeit zur Bahn mußte und es infolge der Wirtschaftslage nicht möglich ist, eine nochmalige Bezirksversammlung anzuberaumen, wurde der Wunsch laut, daß der alte Vorstand im Amt verbleibe, ohne eine Abstimmung vorzunehmen. Dem wurde ohne Widerpruch entsprochen. — Der Bezirksversammlung schloß sich abends 11 Uhr eine Ver-ammlung des Ortsvereins Flauen an, in der aber nur ein Teil der auf-gestellten Tagesordnung zur Abwicklung kam. Wiederum mußten zwei Kollegen wegen Reiterens ausgeschlofsen werden. Über dieses traurige Kapitel wurde eine längere Aussprache gepflogen. Vorsitzender V i n k e und Kollege D e r t e l t begrüßten die neuangelernten Kollegen in unrer Reihen und gaben in warmen Worten der Hoff-nung Ausdruck, daß die tüchtigen Verbandsmglieder werden und die Kollegialität jederzeit hochhalten.

**Pöfnick i. Thür.** Nachdem unrer Herbst-Bezirksversamm-lung ausgefallen war und das hierdurch ersparte Geld den arbeitslosen und inaktiven Kollegen als Weihnachts-beihilfe angewendet wurde, fand hier am 24. April die Früh-jahrs-Bezirksversammlung statt. Die Kollegen waren aus allen Orten des Bezirkes sehr zahlreich er-schienen, vom Gauvorsitz war Kollege W i s l a n g anwesend. Nach einem Liebervortrag des Kollegenangewerkeins

„Gutenberg“ Böhmek. eröffnete Vorsitzender Meister die Versammlung und begrüßte vor allem die Neuausgelernten, die nun Schulter an Schulter mit uns um eine bessere Zukunft im Rahmen des Verbandes kämpfen wollen. Ein Arbeitslosen sind im Bezirk gegenwärtig 95 Kollegen vorhanden. Wenn auch bei uns der Reichsbüchschmitt in der Arbeitslosigkeit noch nicht erreicht ist, so hat doch gerade in unserm Bezirk eine allgemeine Kurzarbeit Platz gegriffen, die allein in Böhmek die vorhandenen drei Betriebe umfaßt und in einem der vorhen schon seit andertshalb Jahren durchgeführte wird. Dadurch ist es bis jetzt verhindert worden, die große Armee des Erwerbslosenheeres noch weiter zu vergrößern. Ein Antrag, der nur noch den in der Versammlung anwesenden Arbeitslosen und Invaliden außer dem Jahrgeld ein Jahrgeld gewährt, wurde einstimmig angenommen. Den Kollegen Ernst Pöstel (Böhmek), Kurt Fritze (Saalfeld) und Adolf Perisch (Saalfeld) wurden vom Vorsitzenden unter erhebenden Worten das Buch der Biihertilde „Felle, der Eroberer“, von Metz, und die silberne Verbandsnadel für Ihre 25-jährige Zugehörigkeit zum Verband überreicht. Der Gesangsverein „Gutenberg“ sang ihnen das Lied „Krönt den Tag“. Gauvorsteher Wilsaugg gab der Versammlung sodann einen umfassenden Bericht über die letzten Manteltarifverhandlungen und wies insbesondere das geringe, oder besser, gar nicht vorhandene Verhältnis des Prinzipals für die Lage der Arbeitslosen in unserm Gewerbe nach, das ja die Herren Unternehmer durch die Anträge zu den Manteltarifverhandlungen geradezu kläffig unter Beweis gestellt haben. Auch in der Aussprache kam zum Ausdruck, daß seitens der Prinzipale immer noch mit den angeblich viel zu hohen Leistungslagen operiert wird, die aber in der Praxis durch die allgemeine Kurzarbeit längst von ihrem „höhen“ Stand herabgedrückt wurden. Auch das Verhalten des Preisentscheidungsmittlers wurde kritisiert, der wohl für die Buchdrucker eine Lohnreduzierung von 15 Proz. für angemessen hielt, aber bei den Prinzipalen nicht höher als auf 5 Proz. kam. Wenn heute der Reichsarbeitsminister immer wieder von der Angleichung einzelner Tarife an die allgemeine Notlage redet, so soll er nur auch einmal an die hohen Mietsfergehälter und Beamtenbesoldungen denken und auch hier eine „Angleichung“ an die allgemeine Notlage vornehmen. Eine nur 70prozentige Ferienbezahlung, wie sie für die neue Schiedsspruch vorliegt, beweist ein sehr geringes soziales Verständnis für die Lage der Arbeiterschaft und eine eigenartige Auffassung von der Hebung der Kaufkraft der Masse. Weiter mußte ein Kollege wegen Beitragsverweigerung ausgediskussiert werden. Es ist geradezu grotesk, wenn von gewissen Kollegen behauptet wird, den Verbandsbeitrag nicht mehr bezahlen zu können, während sie andererseits aber immer noch Geld übrig haben, um den Besuch irgendeines radikalen Kongresses zu finanzieren. Für jeden Tag denkenden und nicht von Wärsen und Katastrophenspektakeln benebelen Kollegen muß es immer noch heißen: erst der Verband und noch einmal der Verband! und das in kritischen Zeiten erst recht. Was die Kollegen um eines augenblicklichen Vorteils willen aus der Hand geben, werden sie später am eignen Leibe bitter vermessen. Als nächster Besprechungspunkt wurde die Bestimmung des Kollegen Meißner schloß die Versammlung mit der Ermahnung, allzeit treu zum Verband zu stehen.

**Reichsbahn-Plan-Verständnis.** Inre Versammlung am 9. April, die sich eines guten Besuchs erfreuen konnte, besaßte sich nach verschiedenen Eingängen auch mit der eventuell geplanten Kautzjellenbildung in den Betrieben. Es gilt, die Augen offenzuhalten. Drei Beschlüsse fanden Aufnahme in den Verband. Kassierer Schöfner erstattete Bericht von der Generalversammlung der Zuschußkasse in Chemnitz. Vorsitzender Meißner behandelte die tarifliche Situation. Ein jeder Kollege solle sich des Ernstes der Zeit bewußt sein und sich keinen Illusionen hingeben. Unser ganzes Tarifwerk usw. sei in Gefahr. Geschlossenes Zusammenstehen aller Kollegen und aller Arbeiter überhaupt sei unbedingt erforderlich. Anschließend folgte eine lebhafte Aussprache. Angesichts der Millionenarbeitslosigkeit bringen es organisierte Buchdrucker noch fertig, Überstunden zu schieben, jedenfalls in der Absicht, damit den Lohnabbau wieder weitmachen zu wollen. Es folgte eine scharfe Geißelung dieses Verhaltens der betreffenden Kollegen, die nicht anwesend waren. Ganz auszuhalten seien Überstunden wohl nicht, sobald jedoch mehrere Kollegen mehrere Überstunden tagelang schieben, muß ein arbeitsloser Kollege auf Ausflüge eingeklinkt werden. Zur keinen Bezirksversammlung wurden vier Kollegen als Delegierte bestimmt. Einstimmige Annahme fand folgender Antrag des Kassierers zwecks Weiterleitung: „Zwecks Beseitigung von Härten für Neuausgelernte, die vier Jahre in der Lehrbildungsabteilung gezahlt haben, mit dem Auslernen jedoch arbeitslos werden und keine Unterstützung bekommen, wird beantragt, diese wenigstens in die Koststandsunterstützung zu übernehmen.“ Der zweite Vorschlag drief auf zum Kampf gegen den Faschismus.

**Walenburg i. Schl. (Händler.)** In unrer Generalversammlung am 4. März referierte Kollege Guttsch über „Das Arbeitsverhältnis zwischen Korrettor und Handsetzer“. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß wir trotz der Schwere der Zeit noch mit einem Mitgliederbestand von 49 rechnen können. Die Vortragssthemen und sonstigen Veranstaltungen wurden in einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Bildungsverband erledigt. Der Kassierbericht zeigte, daß auch hier der Zeit entsprechend gewirksamkeit wird. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes per Affirmation.

**Wiesbaden. (Verteilschreiber.)** Im verfloßenen Vierteljahr fanden zwei Ortsvereinsversammlungen und eine Arbeitslosenversammlung statt. In der ersten Versammlung am 25. Januar wurde unter „Geschäftlichem“ auf eine Veranstaltung des Kulturartells hingewiesen und aufgefordert, die laufende Statistik pünktlich und gewissenhaft auszufüllen. Der Kassierbericht wurde vom Kassierer gegeben und ihm Entlastung erteilt. Sodann referierte Konsumgeschäftsführer Jiegler über das Thema „Konsumverein oder privatkapitalistische Wirtschaft?“ Er zeigte in seinen hochinteressanten Ausführungen, wie innerhalb jeder Genossenschaft und insbesondere der Konsumgenossenschaften Eigenverjorgung und Eigen-

produktion oder, mit andern Worten, praktischer Sozialismus getrieben wird. Ausgiebige, rege Diskussion setzte ein, und der Referent beantwortete in seinem Schlußwort alle Anfragen. Reichler Weisall besuchte die hochinteressanten Ausführungen. Unter „Verständlichem“ wies Vorsitzender Schöfner auf die „Eiserne Front“ hin und forderte zum Beitritt auf. Die Versammlung war von 84 Kollegen besucht. — Die nächste Versammlung, die Jahreshauptversammlung des Ortsvereins, fand am 13. Februar statt. Nachdem der Vorsitzende unter „Geschäftlichem“ auf verschiedene Veranstaltungen hingewiesen, wurden die Jahresberichte gegeben. Die Berichte des Vorstandes, des Kassierers und des Verfleklingsleiters wurden entgegengenommen und eine Diskussion darüber wurde nicht gewünscht. Der Vorsitzende begründete sodann eine Reorganisation des Vorstandes, die darin besteht, daß die Geschäfte der Ortskassa gesondert von denen der Bezirkskassa geführt werden sollen, zur Entlastung des Bezirkskassierers. Der Antrag des Vorstandes in dieser Richtung wurde einstimmig angenommen und Kollege Wilsaugg als Ortstarbeiter gewählt. Es folgte sodann die Bekanntgabe der von einer Kommission bearbeiteten Anträge zur Tarifrevision, die gutgeheißen wurden. Unter „Verständlichem“ wurde Vorkommnisse in der „Wiesbadener Zeitung“ bekanntgegeben und deren Abstellung besprochen. Die Versammlung war von 85 Kollegen besucht. — Am 3. März fand eine Arbeitslosenversammlung statt, die von Arbeitslosen beantragt war. Vorsitzender Schöfner führte aus, daß man sich zunächst darüber klar werden müsse, was man wolle. Es könnten Referate gehalten und Auskünfte erteilt werden, man könne aber wohl keine Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Er hoffe, daß von Reichsseite aus irgend etwas zur Frage der Arbeitszeiterückzahlung getan werde. Der VOB, werde jedenfalls alles tun, daß in irgendeiner Weise das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst werde. Aus der Versammlung wurde gewünscht, daß Auskünfte gegeben werden über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung (besonders über die des Verbandes). Der Vorsitzende betonte, daß diese Auskünfte jederzeit gegeben werden und werden. Er empfahl, auch das Arbeitersekretariat dazu in Anspruch zu nehmen. Es wurde dann noch das Krämpfersystem besprochen, das unserm Aussehen gleiche und das für unser Gewerbe ungeeignet erseheine. Übertriebene Hoffnungen dürfen nicht hegehrt werden, denn das Problem der Arbeitslosigkeit könne nicht von heute auf morgen gelöst werden. Aus der Versammlung wurde darauf hingewiesen, daß man überall Arbeitslosenversammlungen abhalten solle, um so-ber Lösung des Arbeitslosenlebens einen stärkeren Antrieb zu geben. Die Versammlung war von 74 Kollegen besucht. Es wurde dem Vorstand überlassen, wann er eine weitere Arbeitslosenversammlung einberufen wolle.

**Zwidau.** In unrer außerordentlichen Bezirksversammlung am 23. April über die besuchte Gauvorsteher Dertel (Chemnitz) über die Manteltarifverhandlungen, und die Kollegen nahmen Stellung zu dem gefällten Schiedsspruch. Trotz außergewöhnlicher Zeit war der Saal, speziell von auswärtig, stark besetzt. Der Referent gab ein anschauliches Bild von den Verhandlungen und kennzeichnete vor allem die Absichten, die aus den Anträgen der Prinzipale hervorleuchteten. Wenn auch im „Kor.“ schon reichlich Bericht erstattet wurde, so konnte der Referent doch persönlich vieles den Kollegen näher erläutern. Sodann behandelte er den gefällten Schiedsspruch mit seinen vielen Verschlechterungen für die Lage der Kollegenschaft und konnte zum Schluß nach reichlicher Überlegung nur den Standpunkt des Verbandsvorstandes aufstellen. In der Aussprache kamen die verschiedenen Redner zum Wort und geäußerten einmütig und entschlossen die Haltung des Zentralfchiedsamtes und die Kurzfristigkeit der Prinzipale. In der darauffolgenden Abstimmung stellte sich die gut besuchte Versammlung einstimmig hinter den Verbandsvorstand und würdigte die gerade Haltung, daß der Verbandsvorstand einfach den Schiedsspruch abgelehnt hat. Wir hoffen, daß vielleicht das Reichsarbeitsministerium mehr Verständnis für die traurige Lage der Buchdruckerarbeiterschaft aufbringt, die schon jahrelang zum größten Teil kurzarbeitet und nun auch diese Verschlechterungen in Kauf nehmen soll. Wir erwarten, daß der Verbandsvorstand die stärksten Gegenmaßnahmen ergreift.

### Allgemeine Rundschau

**Beendigung des Volk-Konflikts.** Die Differenzen zwischen der Betriebsleitung der Firma R. Boll in Berlin und deren Personal, über die wir in voriger Nummer an dieser Stelle berichtet haben, sind inzwischen durch Verhandlungen mit der Streikleitung des Personals, das jede andre oder weitere Schlichtungsinstanz ablehnte, beigelegt worden. Einzug und „Wirken“ einer nationalsozialistischen „Mithilfe“ in Stärke von 30 bis 40 Mann haben es der Geschäftsleitung schon am zweiten Tag nach dem resultatlosen Verlauf der Schiedsschiedsamtverhandlungen ratfam erscheinen lassen, sich mit der Streikleitung auf einer Basis zu verständigen, die dann auch von der anschießenden Belegschaftsversammlung mit großer Mehrheit anerkannt wurde. Die „Mithilfe“ wurde refflos und sofort entlassen, das gesamte Personal wieder eingestellt, das alte Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen und der bisherige Betriebsrat amtiert unverändert weiter.

**Gehilfenprüfung.** In Darmstadt unterzogen sich der diesjährigen Gehilfenprüfung 32 Seher und 9 Drucker. Die Prüfung haben bestanden mit der Gesamtnote Recht gut 4 Seher, mit Gut 15 und mit Genügend 10 Seher; 3 bestanden nicht. Von den Druckern erhielten 4 Gut, 5 Genügend. Zwei Seher bestanden ihre Prüfung in geradezu musterzüglicher Weise, so daß ihnen das Prädikat „Mit Auszeichnung“ erteilt werden konnte. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, waren im allgemeinen gute Durchschnittsergebnisse zu verzeichnen. Bei der feierlichen Aberreicherung der Gehilfenbriefe wurden an 5 Seher Prämien für besonders hervorragende Leistungen verteilt, die von den betreffenden Lehrdruckereien als Anerkennung zur Verfügung gestellt worden waren.

**Meisterprüfung.** Vor der Handwerkskammer in Harburg bestanden die Seherkollegen Hugo Neukat aus Wittlingen (Hannover) und Fritz Heyner aus Harburg die Meisterprüfung mit dem Prädikat „Gut“.

**Unternehmungsformen im Zeitungsgewerbe.** Durch ein unlängst erschienenenes Werk, betitelt „Der wirtschaftliche Aufbau des deutschen Zeitungsgewerbes“ ist der Versuch gemacht worden, den Stand des Zeitungswesens in Breiten zu erschaffen. Dabei ist es von Interesse, über die Unternehmungsformen im Zeitungsgewerbe Näheres zu erfahren. Die 1475 erstahen Zeitungen wurden von 1166 Verlagen herausgegeben. Diese waren zu 9,1 Proz. in Besitz von Einzelpersonen, 2,5 wurden in der Form von Gesellschaften mit beschränkter Haftung und offenen Handgesellschaften betrieben. Auf Aktiengesellschaften und andre Rechtsformen entfielen nur 10 Proz. Daraus geht hervor, daß die Aktiengesellschaftsform im Zeitungsgewerbe nur in geringem Maße anzutreffen ist. Allerdings haben die wenigen Aktiengesellschaften mit ihren zahlreihen Zeitungen eine um so höhere gewerbliche Bedeutung.

**Wilhelm-Buch-Ausstellung in der Deutschen Biiherei zu Leipzig.** Die Deutsche Biiherei veranstaltet unlängst des 100. Geburtstages von Wilhelm Buch eine Ausstellung, die ein anschauliches Bild von dem dichterischen und zeichnerischen Schaffen des Meisters vermittelt. Sie zeigt neben denen bekannten und beliebten Buchausgaben der Werke Buchs auch sämtliche fünfzig „Münchener Wilderbogen“ und eine kleine Auswahl von Büchern und Zeitschriftenausgaben über Buch. Einen besonderen Reiz verleihen der Ausstellung die vom Verlag D. Goedel in Hannover zur Verfügung gestellten vorzüglichen Pastimalewiedergaben der Zeichnungen aus der berühmten Sammlung Wrede und die vergrößerten Nachzeichnungen von acht der hübschesten Skizzen aus Buchs nachgelassenem Biihesein „Hernach“, die von Lothar Schmidt eigens für die Ausstellung angefertigt wurden. Die Ausstellung ist bis zum 21. Mai, werktäglich von 8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends, unentgeltlich geöffnet.

**Ferienreisen für Arbeiter, Angestellte und Beamte.** Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit teilte in seinen „Reiseblätter“ Nr. 3/4 und in Rundschreiben mit, daß er in diesem Jahr keine Gesellschaftsreisen durchführt. Dagegen veranstaltet die Kulturabteilung des VOB, in Leipzig auch im Jahre 1932 Reisen nach dem In- und Ausland und ist gern bereit, den bisherigen Teilnehmern der Reisen des Reichsausschusses die günstigsten Bedingungen einzuräumen, schon aus den Gründen der bisherigen freundschaftlichen Zusammenarbeit beider Körperschaften. Frühere Reiseleiternehmer und neue Interessenten können Drucksaßen abfordern von der Kulturabteilung des VOB, Ortsauschuß Leipzig C1, Jäger Straße 32.

**Einführung von verbilligten Sommerurlaubsorten auf der Reichsbahn.** Für die Zeit vom 1. Juni bis 15. Oktober 1932 werden Sommerurlaubsorten mit 20 Proz. Fahrpreisermäßigung und einer Gültigkeitsdauer von zwei Monaten eingeführt. Die Reise muß sich jedoch mindestens auf 200 Kilometer erstrecken, und die Richtreise darf nicht vor dem elften Geltungstage angetreten werden.

**Unterstützt die Eigenbetriebe der Arbeiterschaft!** Die Frühlingszeit macht auch die Freunde des Radspportes wieder lebendig. Da ist es angebracht, erneut an das Unternehmen der Gewerkschaften, das Vindar-Fahrradwert AG. in Berlin-Nichtenrade, zu erinnern. Die großen geräumigen Fabrikanlagen dieses Wertes sind gewappnet für eine Tagesproduktion von über 600 Rädern. Weit über 200 000 Vindar-Fahrräder werden bereits im Reich gefertigt. Die gefälligen Ausführungen, die solide Qualität der Räder, haben sich einen großen Preisbekreis geschaffen. Die im ganzen Reich verteilten Niederlagen halten Fahrräder, die sich im Preis von 92 M. ab bewegen, und vor allen Dingen billigtste Zubehör- und Ersatzteile den Interessenten zur Verfügung. Die Ortsauschüsse des VOB, alle freigewerblichen Verbände und effiziente tausend Vermittlungsstellen nehmen Wünsche und Bestellungen für Vindar-Fahrräder entgegen und übermitteln sie dem Wert zur schnellsten Erledigung, soweit nicht die Abgabe direkt ab Lager erfolgt. Das Vindar-Fahrrad ist das Rad des wertvollsten Mannes geworden; es ist das Rad für Beruf und Sport. Die Kaufbedingungen für die Vindar-Fahrräder, wie übrigens auch für die Vindar-Nähmaschinen, sind bedeutend verbessert und erleichtert. Das Katalogmaterial, das in den oben angeführten Stellen überall ausliegt, gibt erschöpfende Auskunft über die Bezugsmöglichkeiten.

**Übermalige Diskontenkung.** Mit Wirkung vom 28. April an wurde vom Zentralauschuß der Reichsbank der Reichsdiskont von 5 1/2 auf 5 Proz. und der Lombardzins von 6 1/2 auf 6 Proz. herabgesetzt. Wie von der Reichsbank dazu mitgeteilt wurde, hat sie sich trotz der sich aus der Devisenlage ergebenden Hemmnungen zu dieser Zinsenkung entschlossen, um der Wirtschaft von der Zinsseite her die nach der Gesamtlage vertretbaren Antriebsmöglichkeiten zu verschaffen. Der Reichsbank wurde ihr Entschluß durch die flüssige Gestaltung des Geldmarktes, durch die fortgeschrittene Entlastung ihres Status und durch seit der letzten deutschen Diskontenkung eingetretene weitere ausländische Diskontenkungen erleichtert.

**Neuer Führer der Unternehmerverbände.** Den Vorsitz in der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hatte von 1925 bis vor kurzem Ernst v. Borgh inne. Der Vorstand der Vereinigung hat sich nunmehr mit der Neuwahl beschäftigt und Herrn Dr.-Ing. Karl Köttgen, Generaldirektor der Siemens-Schuckert-Werke, vorgeschlagen. Köttgen gehörte bisher schon dem Vorstand der Vereinigung an, ohne besonders hervorzutreten. Er war auch Vorsitzender des Reichsratatoriums für Wirtschaftlichkeit, des Ausschusses für wirtschaftliche Forschung und der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Betriebsingenieure. Es ist natürlich nicht vorauszusehen, wie Herr Köttgen sein Amt als Vorsitzender der Unternehmervereinigung führen wird. Es wird sich aber wahrscheinlich nicht sehr viel ändern.

**Kampf den nationalsozialistischen Gewerkschaftsfeinden!** Die vom Größenwahm besessenen Nazis beabsichtigen, jetzt in den Betrieben energetische Vorstöße zu unternehmen. Das Jahr 1932 soll zu einem „Entscheidungsjahr gegen den Betriebsmarxismus“ werden. Auf welche Art dieser Kampf geführt werden soll, ist aus vertraulichen Nachrichten zu ersehen, die trotz ihrer Vertraulichkeit in die Öffentlichkeit gelangten. Die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) soll als besondere Waffe zur Eroberung der Betriebe durch Wiedererrichtung des „Betriebsmarxismus“ dienen. Die NSBO. sei als Gewerk-

